

- | | | |
|----|--|---------------|
| 12 | Baumbestand schützen,
Ausbau des U-Bahnnetzes voranbringen
FDP-Fraktion | 0290/6 |
| 13 | Auerbachtunnel für den KfZ-Verkehr erhalten
FDP-Fraktion | 0222/6 |
| 14 | Schrottfahrräder endlich beseitigen
CDU-Fraktion | 0251/6 |
| 15 | Beleuchtung zwischen Münstersche und Westfälische Straße
wiederherstellen
Fraktion DIE LINKE | 0223/6 |
| 16 | Den Spreeweg als Grünen Hauptweg Nummer 1 erhalten
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(OrdV m., Um ffd.) | 0157/6 |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Bergmann
Stellv. Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 2069/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Schwerlastverkehr in der Reichsstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz dafür einzusetzen, die Reichsstraße für den Schwerlastverkehr zu sperren.

Der BVV ist bis zum 27.10.2021 zu berichten.

Begründung:

Zu den Hauptverkehrszeiten donnern fast im Minutentakt große LKWs durch die Reichsstraße. Diese stellen nicht nur ein Sicherheitsrisiko für Fußgänger und Radfahrer dar, sondern sind für eine lebendige Einkaufsstraße einfach nicht mehr zeitgemäß.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0158/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

City West endlich sicherer machen!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, zusammen mit den zuständigen Senatsverwaltungen und den betroffenen Akteuren kurzfristig ein dauerhaftes und stadtverträgliches Verkehrs- und Sicherheitskonzept für den Breitscheidplatz und die umliegenden Straßen zu erarbeiten.

Dabei sollen zum einen die Verkehrsströme so umgelenkt werden, dass der Großteil des Durchgangsverkehrs nicht durch das Gebiet geführt wird und zum anderen die bestehenden Beschlüsse der BVV berücksichtigt werden.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Zels

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0167/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Radfahren ohne Schütteltrauma!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die Radwege der Kreuzungsbereiche Hohenzollern-
damm zu erneuern bzw. so herzustellen, dass ein Queren ohne Gefahr möglich ist. Im
Zuge dessen ist zu prüfen, ob die Radwege Hohenzollerndamm ebenfalls saniert wer-
den können.

Der BVV ist bis 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Fast in allen Kreuzungsbereichen sind die roten Anstriche in einem so schlechten Zu-
stand (aufgebrochen, tiefe Rillen), dass eine erhebliche Unfallgefahr besteht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0185/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Stadtgrün für alle statt Asphalt - KFZ-Stellfläche entsiegeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, im Zuge der schrittweisen Einführung der flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung eine gleichzeitige Entsiegelung und Nutzungsumwidmung bestehender, öffentlicher KFZ-Stellflächen zu prüfen. Diese soll zunächst in Planungsräumen (LOR) erfolgen, die mit besonders wenig Grünflächen und öffentlich nutzbaren Flächen ausgestattet sind. Geeignete öffentliche KFZ-Stellplätze sollen identifiziert und Potentiale für eine Entsiegelung und Umwidmung der Nutzung benannt werden. Die entsprechenden Konzepte für mehr Stadtgrün und die Errichtung von Räumen des sozialen Miteinanders (Nutzung für Sport, Kiezküchen, Sitzmöbel, Kiezgärten usw.) sind durch das Beteiligungsbüro gemeinsam mit der Nachbarschaft, aktiven Bürger:inneninitiativen und in der jeweiligen Umgebung ansässigen Organisationen/Projektanten/Stadtteil- und Jugendzentren, etc. zu erarbeiten.

Der BVV ist bis zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Das Parken im gesamten Bezirk kostenpflichtig zu machen, ist ein erster Schritt, den selbstverständlich hingenommenen Flächenverbrauch des Autos zu reduzieren. Noch immer nimmt das Auto in der Stadt 60 Prozent des öffentlichen Raums ein und steht dabei über 95 Prozent der Zeit still. Zum Parken braucht ein Pkw 10-mal mehr Platz als ein Fahrrad (15 statt 1,4 m²). Der öffentliche Raum darf nicht weiter als Abstellfläche von Autos dienen, sondern muss für die Nachbarschaften und mehr Stadtnatur nutzbar werden. Nur wenn wir den Flächenverbrauch des Autos und damit seine Nutzung in der Stadt weiter zurückdrängen, KfZ-Stellplätze entsiegeln und mehr Grünflächen und Begegnungsräume schaffen, werden wir einen spürbaren Effekt für den Klimaschutz und für lebenswerte Städte erhalten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempf/Dr. Buß/Bodensiek/Tillinger

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0241/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Umgestaltung Henriettenplatz

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, mit dem Eigentümer der neuen Bebauung am Henriettenplatz zeitnah in die Planung und Umsetzung der vertraglich vereinbarten Neugestaltung des Henriettenplatzes zu gehen. Die Anwohnerinnen und Anwohner sind weiterhin bei dem Vorhaben einzubeziehen und die Drucksache 0240/5 umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Grüne/SPD
Kempf/Weise/Zimmer/Gusy/Sempf

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0266/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Logistik-Hubs für den Bezirk

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, ein Konzept für die Auslieferung von Waren im Bezirk zu erstellen, damit anbieteroffen die letzte Meile durch Lastenräder erfolgen kann. Dabei ist festzustellen, welcher städtebaulichen Voraussetzungen es für die Festlegung solcher Logistik-Hubs bedarf. Außerdem sind Standorte oder Regionen zu benennen, um den ganzen Bezirk abzudecken.

Der BVV ist bis zum 31.1. 2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/ Fenske

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0252/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Knotenpunkt Schwarzbacher Str./Güterbahnhof Halensee endlich entschärfen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Haltverbot – gegebenenfalls zeitlich befristet – auf der Schwarzbacher Str. 1-5 anzuordnen, um hier den Verkehr sicherer zu gestalten.

Der BVV ist bis zum 31. Oktober 2022 zu berichten.

Begründung

Die DS 153/5 konnte bisher nicht umgesetzt werden, weil die Senatsverwaltung den vorgelegten Planungsvorschlag abgelehnt hat. Es ist aber dringend erforderlich an diesem neuralgischen Engpass eine Verbesserung herbeizuführen.

Die Maßnahme ist so lange aufrecht zu halten, bis die Senatsverwaltung eine endgültige Planung ausgearbeitet hat.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0050/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Abfallbehälterkonzept für den Bezirk

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zusammen mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) für die Aufstellung, die regelmäßige Leerung und die Instandhaltung der Abfallbehälter im Bezirk zu entwickeln, beginnend mit der Johannisberger Straße.

Der BVV ist bis zum 30.04.2022 berichten.

Begründung:

Zwischen Heidelberger Platz und Wiesbadener Straße fehlen schlicht und ergreifend ausreichend Abfallbehälter, um ein flächendeckendes Angebot für die Anwohner zu gewährleisten. Da dies kein Einzelfall im Bezirk ist, gilt es ein entsprechendes gemeinsames Konzept mit der BSR im Bezirk zu entwickeln und umzusetzen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

FDP-Fraktion

Recke-Friedrich/Heyne/Bergmann/Beckers

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0290/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Baumbestand schützen,**Ausbau des U-Bahnnetzes voranbringen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Senat von Berlin auf die BVG einzuwirken, im Zuge der angekündigten Sanierung der Tunnelbauwerke unter dem Kurfürstendamm eine Bauweise zu wählen, die den Baumbestand am Kurfürstendamm schützt und den Verlust von Baumbestand auf das absolute Minimum reduziert. Weiterhin soll der Ausbau des U-Bahnnetzes bis mindestens zum Adenauerplatz, besser noch bis zum S-Bahnhof Halensee, angegangen werden.

Begründung:

Der Baumbestand am Kurfürstendamm ist stadtbildprägend für die City West und trägt erheblich zur Aufenthaltsqualität auf dem Boulevard bei. Jüngst wurde bekannt, dass im Zuge der erforderlichen Sanierungsarbeiten an den Tunnelbauwerken des U-Bahnnetzes sämtliche Bäume auf dem Mittelstreifen gefällt werden sollen. Der Verlust an Grünmasse ist inakzeptabel und im Zuge der Überlegungen, wie unsere Stadt auf den Anstieg der Temperaturen, die Beschattung vor Straßen und Wegen, die Schaffung von Verdunstungsflächen usw. reagieren soll, aus der Zeit gefallen. Weiterhin müssen die Planungen, wie der Kurfürstendamm langfristig vom dichten motorisierten Verkehr (ÖPNV und Individualverkehr) entlastet werden kann, um dort eine erhöhte Aufenthaltsqualität zu ermöglichen, weitergehen. Es bietet sich an, im Zuge der angekündigten Sanierung der Tunnelbauwerke die Verlängerung der U-Bahnlinie 1 zu realisieren. Wie hinlänglich bekannt ist, ist der U-Bahntunnel unter dem Kurfürstendamm in weiten Teilen bereits vorhanden und der U-Bahnhof Adenauerplatz im Rohbau bereits als Doppelstockbahnhof angelegt. Die geforderte Mobilitätswende verlangt einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV gerade in den hoch verdichteten Innenstadtbereichen, zu welchen der Kurfürstendamm zweifelsohne zählt. Weiterhin ist starker Zielverkehr im Bereich des Kurfürstendamms festzustellen. Dieser Zielverkehr, welcher

zwangsläufig Stellplätze im Zielgebiet nach sich zieht, kann durch gute ÖPNV-Angebote reduziert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Bergmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0222/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV

Auerbachtunnel für den KfZ-Verkehr erhalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, im Rahmen der Planungen des Radschnellwegs Kronprinzessinnenweg den Auerbachtunnel in beiden Richtungen für den KfZ-Verkehr befahrbar zu lassen.

Begründung:

Der Auerbachtunnel ist ein Nadelöhr für viele, die zwischen dem Eichkamp und dem Ortsteil Grunewald verkehren. Auch die vielen Freizeiteinrichtungen im Grunewald werden oftmals durch eine Fahrt durch den Auerbachtunnel erreicht. Eine Sperrung hätte riesige Umwege zur Folge, da es in der Nähe keine alternativen Routen gibt. Wer beispielsweise vom Tennisverein Rot-Weiß zum Freizeitverein Helios fahren möchte, wäre mit der Sperrung des Tunnels statt 2 km auf einen Schlag 7 km unterwegs. Dieser Umweg schadet der Umwelt und wäre für viele lästig, die zuvor den Tunnel nutzen konnten. Vor dem Hintergrund, dass es 200 m nördlich bereits eine Unterführung der AVUS gibt, die nicht für den Autoverkehr, sehr wohl aber für den Radverkehr nutzbar ist, sollte eine Umplanung in Betracht gezogen werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/ Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0251/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Schrottfahrräder endlich beseitigen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert ein Konzept zur schnelleren und effizienteren Beseitigung der zahllosen Schrottfahrräder im Bezirk zu erstellen und dieses umzusetzen. Grundlage bleibt dabei der Beschluss vom 29.10.2020 (1603/5), auf den es aufzubauen gilt. Das Bezirksamt soll sich dabei weiterhin am Vorgehen der Pankower Kollegen orientieren und von den bereits gemachten Erfahrungen profitieren. Bezüglich der Kooperation mit freien Trägern sollen weitere identifiziert werden, um die Vorgänge zu beschleunigen. Kooperationen mit Fahrradwerkstätten wie der im Jugendclub Heckerdamm oder Behindertenwerkstätten sollen ebenfalls geprüft werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 erstmalig zu berichten. Anschließend sollen jährliche Zwischenberichte erfolgen.

Begründung:

In Pankow wird bereits seit 2019 erfolgreich gegen die unzähligen Schrottfahrräder vorgegangen (siehe dazu Drucksache VIII/0487). Ziel muss es sein, auch in Charlottenburg-Wilmersdorf ein schnelleres und effizienteres Verfahren umzusetzen, da vielerorts nach wie vor Fahrradleichen das Straßenbild prägen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0223/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Beleuchtung zwischen Münstersche und Westfälische Straße wiederherstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen dafür Sorge zu tragen, dass die Beleuchtung des Fußwegs zwischen Münstersche und Westfälische Straße umgehend wieder hergestellt wird. Dafür sollen möglichst LED-Beleuchtungen Verwendung finden.

Der BVV ist bis zum 31.10.2022 zu berichten.

Begründung:

Auf dem Fußweg zwischen Münstersche und Westfälische Straße wurden am 11.08.2022 fünf Gaslaternen demontiert, wodurch insbesondere der Bereich vor der Schule nun komplett im Dunklen liegt. Um auch im Herbst und Winter ausreichende Sicherheit für die Schüler:innen und Nutzer:innen des Fußwegs zu gewährleisten, sollten die ursprünglichen Gaslaternen nun schnellstmöglich durch Straßenlaternen mit LED-Leuchten ersetzt werden.

Bei der zu bestimmenden Anzahl der Straßenlaternen sowie deren Ausgestaltung bzw. Modellauswahl müssen ausreichende Verkehrssicherheit, notwendige Energieeinsparungen und die zu vermeidende Lichtverschmutzung berücksichtigt und abgewogen werden, um sowohl die Kosten für Energie möglichst gering zu halten als auch Klima und Umwelt zu schützen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Drews/Centgraf

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0157/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Den Spreeweg als Grünen Hauptweg Nummer 1 erhalten

Die BVV möge beschließen:

Die BVV unterstützt das Bezirksamt mit seiner Initiative im Beteiligungsverfahren, das Vorhaben einer Fahrradvorrangroute am Spreeweg zu streichen. Am Charakter des Spreewegs als Flaniermeile im Sinne des hier ausgewiesenen Grünen Hauptwegs Nr. 1 in Berlin soll festgehalten werden, der Weg mit seiner unmittelbaren Umgebung ist bereits teilweise als Grünanlage gewidmet.

Bei der Planung muss auf verschiedene Bedürfnisse von Menschen, die Ruhe und Erholung suchen, Rücksicht genommen werden. Der Pfad muss in dieser Hinsicht an einigen Stellen verbreitert und ertüchtigt werden, um auch Kindern mit Laufrädern, Familien mit Kinderwagen oder Personen im Rollstuhl eine Nutzung zu ermöglichen, sowie langsames Radfahren zu erlauben.

Als alternative schnelle Radwegeverbindung unterstützt die BVV den Vorschlag des Bezirksamts, die Radvorrangroute am Spandauer Damm vom Luisenplatz über den Wiesendamm mit Anschluss an die von dort geplante Fortsetzung des Spreewegs über Spree und Havel nach Spandau vorzusehen.

Der BVV ist bis zum 30.11.2022 zu berichten.

Begründung:

Der Spreeweg oder Spreepfad, der durch unseren Bezirk vom Schlosspark bis zum Wiesendamm führt, ist Teil des vom Senat vor rund 15 Jahren beschlossenen und ausgewiesenen Netzes der „20 Grünen Hauptwege Berlin“. Weil dieser Hauptweg insgesamt längs der Spree führt, hat er für das Gesamtbild der Stadt eine prägende Bedeutung.

Die Grünen Hauptwege sind ausdrücklich als Flanierwege zur Erholung, zum Wandern, Schauen und Verweilen, ohne Belästigung durch den motorisierten Verkehr. Er ist selbstverständlich neben Fußgängern auch für Radfahrende offen, allerdings auch hier im Sinne einer „Flaniermeile“. Dabei muss beachtet werden, dass ein zu großer Ausbau die in Teilen naturnahe, aus Sicht des Artenschutzes wertvolle und landschaftlich besonders reizvolle Wegführung stark beeinträchtigen würde.

Eine Fahrradvorrangroute am Spandauer Damm bis hin zum Wiesendamm ist für eine zügige Fortbewegung von Radler*innen die in diesem Fall nicht nur kürzere, sondern vor allem bessere Lösung. Wenn wir in Berlin in den kommenden Jahren im Verkehr glaubwürdigen Klimaschutz betreiben wollen, müssen wir den motorisierten Verkehr in der Stadt deutlich reduzieren und unter anderem durch überzeugende Angebote für das Fahrrad ersetzen. Auch und gerade deshalb überzeugt diese Routenführung vom Luisenplatz bis in die Spandauer Altstadt.